

Als schwierig erweist sich vor allem der *außerkirchliche und außerschulische Arbeitsmarkt*. Auch auf dem von der Theologischen Fakultät der Frankfurter Jesuiten-Hochschule Sankt Georgen 1985 veranstalteten Symposium über die Berufsperspektiven der Laientheologen (hierzu liegt eine ausführliche Dokumentation vor) zeichnete sich zwar eine prinzipielle Anstellungsmöglichkeit von Laientheologen in der *Wirtschaft* ab (etwa im Personalbereich oder der innerbetrieblichen Führung), zugleich zeigten sich aber auch beträchtliche Vorbehalte der Betroffenen gegenüber dem Arbeitsplatz *Wirtschaft*: Der Kontrast zwischen den Anforderungen und dem Interessensprofil der *Wirtschaft* und dem, was die Laientheologen aus ihrer Sicht an sozialem Einstellung herausgebildet haben, erweist sich in vielen Fällen als unüberwindliche Barriere. Das schließt nicht aus, daß einige den Wechsel in *Wirtschaftspositionen* dennoch durchaus schaffen und bejahen. Einstiegsmöglichkeiten in Positionen in *Wirtschaft* und *Verwaltung* bieten auch die von der Akademie für Fernstudien in Bad Harzburg abgehaltenen und von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Studiengänge mit dem Berufsziel des Personal-, Marketing- und Managementassistenten.

Ähnliche Hilfen für die Aufnahme auch außerkirchlicher Tätigkeiten bestehen inzwischen für den *Medienbereich*: So bietet die Philosophisch-Theologische Hochschule Frankfurt-Sankt Georgen seit 1986 ein Studienprogramm „Medien und Öffentliche Kommunikation“ ausdrücklich mit dem Ziel an, den Studenten der Hochschule verbesserte Berufschancen zu ermöglichen. Im Sommer 1987 bot erstmals das (kirchliche) „Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses e.V.“ in München eine Einführung in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an – und zwar für künftige Mitarbeiter kirchlicher

und kirchennaher Institutionen, Organisationen und Verbände, ohne daß dieses Angebot ausschließlich auf arbeitslose Laientheologen beschränkt wäre.

Mindestens ebenso schwer wie der Versuch, neue Arbeitsmöglichkeiten aufzutun, scheint es indes zu sein, die Studenten zu einem frühen Zeitpunkt über ihre Lage aufzuklären. Die Fakultäten geben sich inzwischen verstärkt Mühe in dieser Hinsicht, das Interesse dafür scheint sich jedoch durchaus in Grenzen zu halten. Viele setzen unterdessen auf Leistung und suchen ihr Heil in immer höheren und zusätzlichen Qualifikationen – was durchaus nicht immer der richtige Weg sein muß. Es scheint hier eine ähnliche Haltung vorzuliegen wie bei den Arbeitslosen selbst, die manches neue Hilfsangebot ungenutzt lassen: Will man nicht wahrhaben, daß die Lage so ist, wie sie ist? Ist es eine Scham, die manche nicht zu ihrer Arbeitslosigkeit stehen läßt? Oder war das Interesse am kirchlich-pastoralen Beruf doch nicht so groß, so daß die Betroffenen schnell abwandern aus dem Umfeld, in dem sie sich wenigstens zeitweise ihre berufliche Zukunft erhofft haben müssen? Fehlt in manchen Fällen vielleicht auch die nötige Flexibilität?

Für alle Beteiligten, für die Kirche wie für die Universität, ist es eine ungewohnte Situation, sich mit solchen Fragen überhaupt zu beschäftigen. Der Kirche wünscht man, daß sie das Potential sieht, das ihr in den Studienabgängern zuwächst, und es zu nutzen weiß – auf welche Weise auch immer. Für das Fach Katholische Theologie an den Universitäten ist im übrigen zu hoffen, daß es nicht eines Tages zu einem jener Orchideenfächer wird, das man – außer als Priesteramtskandidat – eigentlich nur studieren kann, wenn man auf entsprechende berufliche Laufbahnen nicht angewiesen ist. *Klaus Nientiedt*

Die Kirche kann aufatmen

Burundis schwieriger Weg zu friedlicher Einheit

Mehr als 3000 Gläubige feierten mit großer Begeisterung in einem Gottesdienst Mitte September 1987 die Wiedereröffnung der Kathedrale von Gitega, die fünf Monate vorher auf Anordnung des damaligen Präsidenten Bagaza geschlossen worden war. Seit dem unblutigen Putsch vom 3. September durch Major Pierre Buyoya kann die katholische Kirche Burundis aufatmen: Hoffnungen auf ein verbessertes Verhältnis zwischen Staat und Kirche sind geweckt worden. Es bleibt abzuwarten, wie die Kirche mit den überraschend wiedergewonnenen Freiheiten umgehen kann.

Burundi – im Herzen Afrikas, an der Nordostspitze des Tanganyikasees gelegen – wird oft die „Schweiz Afrikas“ genannt, weil die Höhenlagen zwischen den 770 m des

Tanganyikasees und den bis zu 2200 m ansteigenden Bergen für ein gemäßigtes Klima sorgen.

Da 90% der Burundi in der *Landwirtschaft* tätig sind, kann sich die Bevölkerung noch mit Grundnahrungsmitteln selbst versorgen, auch wenn die Ernährung einseitig und wenig vitamin- und proteinreich ist. So kann es nicht verwundern, daß fast 50% der 2–4-jährigen Kinder an Fehl- und Mangelernährung leiden und damit sehr anfällig für Krankheiten sind. Mit 170 Einwohnern pro km² zählt Burundi neben Rwanda zu den dichtbesiedeltesten Ländern Afrikas. Aufgrund dieser hohen Bevölkerungsdichte, des starken Bevölkerungswachstums (1983: 3,2%) und der nur geringen Reserven an Kulturland ist trotz günstiger klimatischer Bedingungen zu befürchten, daß

die *Selbstversorgung* in absehbarer Zeit nicht mehr gewährleistet werden kann. Erschwerend kommt hinzu, daß für die Landbevölkerung das Brennholz die einzige Energiequelle ist. Sowohl durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung als auch durch die Abholzung der letzten Waldgebiete nimmt die Bodenerosion immer existenzbedrohendere Formen für die Bauern an.

Burundi gehört mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 230 US-\$ (1981) zu den zwanzig ärmsten Ländern der Welt. Vermutete Bodenschätze sind bis heute kaum erschlossen; u. a. fehlt die notwendige Infrastruktur. Die Binnenlage belastet die Im- und Exporte mit hohen Frachtkosten und langen Wegen und macht Burundi vom Wohlwollen und von der politischen Stabilität der Nachbarländer abhängig. Die Exporteinnahmen hängen zu fast 90% von den Absatzpreisen des *Kaffees* ab. Ständige Preisschwankungen auf dem Weltmarkt beeinflussen sofort die Devisenbilanz und das Staatsbudget und damit die gesamte Volkswirtschaft; dadurch ergeben sich für die Entwicklungsplanung große Probleme. Eine Diversifikation der exportfähigen Güter wie Tee, Baumwolle, Felle und Häute hatte bis heute nur einen geringen Erfolg. Trotz großer Summen an Entwicklungshilfe betrug die *Auslandsverschuldung* 1981 ca. 407 Mio. US-\$.

Das traditionelle Feudalsystem

Die *Ureinwohner* Burundis sind die *Twa*, ein Volk von Jägern und Töpfern, die mit den Pygmäen des Zaire verwandt sind. Sie machen heute nur noch 1% der Bevölkerung aus. Wahrscheinlich schon in den ersten Jahrhunderten nach Christus wanderten die *Hutu* in das sogenannte Zwischenseengebiet ein, wozu auch Burundi zählt. Die Hutu sind Ackerbauern und gehören zur großen Familie der Bantu-Völker. Vermutlich im 15. Jahrhundert folgte eine erste Einwanderungswelle nilotischer Rinderhirten aus dem Norden, die *Tutsi-Ruguru*. Später drangen die *Tutsi-Hima* ein. Diese Bevölkerungsbewegungen führten zu Veränderungen in der sozialen Schichtung und zur Errichtung politischer Institutionen: des Feudalsystems und des sakralen Königtums.

Durch das Feudalsystem gerieten vor allem die Hutu in soziale und politische Abhängigkeit: sie suchten bei den Tutsi um Schutz nach und boten ihre Dienste an, dafür erhielten sie die Nutznießungsrechte über eine oder mehrere Kühe. Dieser Viehbesitz brachte weniger wirtschaftlichen Nutzen als politische Macht und soziales Prestige. Auch heute ist die Großviehhaltung extensiv und ertragsarm und spielt wirtschaftlich keine Rolle.

An der Spitze des Feudalsystems stand der *König*; bis zum Staatsstreich von 1966 lösten sich 17 Könige aus den vier Königsfamilien der Ganwa, der eigentlich herrschenden Klasse, auf dem Thron ab. Die Gruppe der Tutsi-Ruguru stellte die Adelschicht mit dem Recht, Mitglie der königlichen Familie zu heiraten, während die Tutsi-Hima sozial tiefer standen. Diese Teilung ist vielleicht auf die verschiedenen Einwanderungswellen

zurückzuführen. (Sowohl die beiden bisherigen Präsidenten *M. Micombero* und *J. B. Bagaza* als auch Major *P. Buyoya* gehören zu den Hima aus dem Süden Burundis.) Über die heutige ethnische Aufteilung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gehen die Angaben weit auseinander: gewöhnlich liest man, daß 14% Tutsi und 84% Hutu sind. Die Regierung unter Bagaza sprach von 57% Hutu und 42% Tutsi.

Der blutige Bürgerkrieg von 1972/73

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gehörte Burundi zusammen mit Rwanda und Tanzania zu *Deutsch-Ost-Afrika*. Danach fiel es gemeinsam mit Rwanda als Völkerbundsmandat und 1946 als Treuhandgebiet der UNO an Belgien. Sowohl die deutsche als auch die belgische Verwaltung ließen die monarchischen Strukturen bestehen. Unter König Mwambutsa IV. wurde Burundi 1962 unabhängig. Vier Jahre später setzte *Michel Micombero* König Ntare V. ab und rief die Erste Republik aus. Er stützte sein diktatorisches Regime auf die Armee und die Einheitspartei UPRONA; in beiden Institutionen waren die Hima aus dem Süden überproportional vertreten.

Unter Micomberos Herrschaft kam es 1972/73 zu einem *blutigen Bürgerkrieg zwischen Hutu und Tutsi*. Er begann mit einem Putschversuch der Hutu und endete in einem rücksichtslosen Rachefeldzug der Tutsi, an dem auch die Regierung Micombero nicht unbeteiligt war. Im Verlauf dieses Massakers wurde nahezu die gesamte Hutu-Elite umgebracht – darunter auch einige katholische Priester, Katechisten und sogar Sekundarschüler. Man kann davon ausgehen, daß mindestens 100 000 Hutu getötet wurden und 250 000 in die Nachbarländer Rwanda, Tanzania und Zaire geflüchtet sind. Die Tatsache, daß man von diesen Massakern auch heute noch als „les événements“ (die Ereignisse) spricht, zeigt, daß dieses tragische Stück Vergangenheit noch nicht aufgearbeitet ist.

1976 übernahm *Jean-Baptiste Bagaza* in einem unblutigen Putsch die Macht. Um die politischen Mißstände zu beseitigen, setzte sich das neue Regime ehrgeizige Ziele: die nationale Politik sollte neu definiert werden, in den Staatsorganen mußte Ordnung geschaffen werden und die Partei UPRONA wurde umgestaltet.

Elf Jahre später führen nun fast dieselben Probleme zu einem erneuten Putsch. In seiner Erklärung als Präsident des „Komitees zur nationalen Rettung“ ging Major *Pierre Buyoya* auf die Gründe seines Putsches vom 3. September 1987 ein: „Man kann sie [die Gründe] fast wortwörtlich in der Erklärung wiederfinden, die zum Sturz der Ersten Republik vor elf Jahren geführt haben. Dort wird folgendes gebrandmarkt: ‚Machtanhäufung durch eine Person in Staat und Partei; ...; andauernder Bruch der Verfassung; wirtschaftliche Privilegien einiger Funktionäre und Privatpersonen durch Spekulation, Bestechung und Betrug‘. Wir müssen also feststellen, daß das Regime Bagaza schon nach wenigen Jahren in dieselben Fehler verfallen ist wie die alte Regierung. ... Des-

halb hat die Armee Burundis beschlossen, das Land von dem falschen Weg zu retten, auf den es durch das Regime Bagaza gebracht worden ist.“ (Le Renouveau, 7.9.1987) Nur in einem kurzen, aber wichtigen Satz am Ende seiner Erklärung ging Major Buyoya auf einen der schwerwiegendsten Konflikte ein, der vielleicht der auslösende Moment des Putsches war: *die Unterdrückung der Aktivitäten der katholischen Kirche durch die Regierung Bagaza*. Buyoya sagte dazu, daß die Religionsfreiheit in Zukunft garantiert wird.

Der Bagaza-Putsch und seine Folgen

Burundi ist ein überwiegend christliches Land: von seinen 4,5 Millionen Einwohnern sind 2,7 Millionen (60%) Katholiken. Dazu kommen ungefähr 250 000 Protestanten. Weniger als 1% sind Muslime, die übrigen Anhänger afrikanischer Religionen. Noch vor den deutschen Kolonialherren kamen die ersten Missionare nach Burundi. Nach mehreren gescheiterten Versuchen wurde die erste Missionsstation 1898 im Osten des Landes, in Muyaga gegründet. Etwas mehr als 25 Jahre später, nämlich 1925 wurden die ersten beiden Barundi zu Priestern geweiht. Unter der belgischen Verwaltung genoß die katholische Kirche zahlreiche Privilegien: sie baute eine eigene Infrastruktur auf mit Schulen, Ambulanzen und Krankenhäusern, kirchlichen Werkstätten, Kooperativen, etc. Da viele Missionare Belgier waren, stellten Missionare und Kolonialherren für die Barundi von außen eine gewisse Einheit dar, beide arbeiteten weitgehend Hand in Hand. Dies wurde der katholischen Kirche von der Regierung Bagazas auch immer wieder vorgeworfen. Die im Lauf der Zeit gewachsenen Privilegien wurden nach der Unabhängigkeit nicht abgebaut. Bis zur Regierung Bagaza war die Kirche maßgeblich im Schul- und Gesundheitswesen engagiert, finanziell immer unterstützt durch die Missionshäuser in Europa.

„Die Ereignisse“ von 1972/73 kamen für die katholische Kirche *völlig überraschend*; sie tat sich schwer, angemessen darauf zu reagieren. Eines der wichtigsten Ziele war es, möglichst vielen Hutu die Flucht in die Nachbarstaaten zu ermöglichen, um sie vor dem sicheren Tod zu retten. Damit wurde jedoch zur Lösung des blutigen Konfliktes nicht beigetragen. In einem Hirtenbrief Ende 1973 riefen die Bischöfe zur Verständigung und zur Versöhnung auf.

Große Hoffnungen auf eine Veränderung knüpfte die Kirche an den Putsch von Oberst Bagaza 1976. Im Dezember 1976 schrieben die Bischöfe in einem Hirtenbrief: „In ihren Erklärungen und den Maßnahmen, die bereits ergriffen wurden, offenbaren die neuen Lenker des Staates ein echtes Verlangen nach Gerechtigkeit, nach gerechter Verteilung der Güter. Das Hauptproblem für das neue Regime bleibt die ethnische Frage. Die Bevölkerung hat die Zusicherungen mit Hoffnung aufgenommen. Es entsteht ein Klima der freien Meinungsäußerung.“

Um so überraschender folgte 1977 die *Ausweisung* der ersten Missionare: elf Comboni-Missionare waren davon betroffen, denen vorgeworfen wurde, statt das Evangelium zu predigen, die ethnische Spaltung begünstigt zu haben. Gleichzeitig wurde die Ausstrahlung von Gottesdiensten im Radio verboten, die von vielen Christen gehört wurden. Ein Jahr später wurde den Ordensleuten die Leitung der Volksschulen entzogen. Im Mai 1979 folgte das Versammlungsverbot der „Hügelgemeinschaften“: „Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich ganz in Arbeit und Produktion einzusetzen und um jede Konfusion zu vermeiden, teilt der Präsident der Bevölkerung mit, daß die *Sahwanya* (Hügelgemeinschaften) nur am Sonntag und nur in den Pfarrzentren und Außenstationen stattfinden dürfen. Diese Versammlungen sind also nicht mehr auf den Hügeln erlaubt. So kann sich die Bevölkerung mehr der Entwicklung des Landes widmen; denn die Zweite Republik hat als Basis die Arbeit, Motor der Entwicklung.“

Diese Hügelgemeinschaften sind vergleichbar mit den „kleinen christlichen Gemeinschaften“ in anderen afrikanischen Ländern. Mit der Gründung der Hügelgemeinschaften gingen die Bischöfe auf die besonderen Verhältnisse in ihren Diözesen ein: die Barundi leben nicht in Dörfern zusammen, sondern in ihren Kraalen (Gehöfte) über die Hügel und Berge verstreut. Rund um ihren Kraal und in ihrer näheren Umgebung werden die Felder angelegt und bebaut.

Früher war die Missionsstation mit ihren Außenstationen der Mittelpunkt der Pastoral; von dort aus besuchte das Team aus zwei bis drei Priestern die manchmal 60 000 Christen der Gemeinde in den einzelnen Außenstationen zwei- bis dreimal im Jahr. Für die neue Pastoral wählten die Christen der Hügelgemeinschaften verantwortliche Laien aus ihrer Mitte, die mit den Priestern der Gemeinde eng zusammenarbeiteten. Unter der Leitung dieser „Animatoren“ trafen sich die Christen auf den Hügeln, um ihren Glauben zu vertiefen, Gottesdienste ohne Priester zu gestalten, Krankenbesuche, Religionsunterricht und Ehevorbereitungen durchzuführen; auch in sozialpolitischen Bereichen wurden die Christen aktiv, indem sie Nachbarschaftshilfe organisierten, Schulen bauten, Genossenschaften gründeten, Straßen ausbesserten. Die Hügelgemeinschaften hatten mehr Erfolg als die Versammlungen der Einheitspartei UPRONA und wurden deshalb als Konkurrenz angesehen. Die Regierung hatte die Kontrolle über Aktivitäten verloren, die sie unter ihrer Führung sehen wollte. Sie fühlte sich in ihrer politischen Macht bedroht und warf der katholischen Kirche vor, sich in die Politik einzumischen. Als Reaktion auf einen Protestbrief der Bischöfe wurden etwa 100 katholische und protestantische Missionare ausgewiesen, die katholische Wochenzeitung „Ndongozi“ und die Ausstrahlungen des protestantischen Senders „Radio Cordac“ verboten, zeitweise wurden die Bankkonten der Diözesen blockiert.

1981 trat eine *neue Verfassung* in Kraft, in der sich Burundi als laizistischer Staat definiert, der die Gewissens-

und Religionsfreiheit der Bürger anerkennt und respektiert. Trotz Anerkennung der Religionsfreiheit wurden 1984 weitere einschneidende Maßnahmen gegen die katholische Kirche angeordnet: Wochentagsmessen mit Ausnahmen der Messen bei Eheschließung und Beerdigung waren nicht mehr erlaubt. Die Kirchen mußten während der Arbeitszeit geschlossen bleiben, Kreuze und Statuen aus der Öffentlichkeit entfernt werden. Pastorale Besuche auf den Hügeln waren mit Ausnahme der Krankensalbung verboten. Ehen durften nur noch mit behördlicher Genehmigung geschlossen werden. (Vorher galt die kirchliche Trauung auch als staatlich anerkannte Eheschließung, die von den Pfarrgemeinden gemeldet wurde.) Priester und Katechisten wurden verhaftet, weil sie gegen die Anordnungen verstoßen hatten. Von 1979 bis 1986 wurden mehr als 270 Missionare und 130 Ordensschwwestern „ausgewiesen“; die konkrete Praxis sah daher sehr unterschiedlich aus: entweder verweigerte man eine Verlängerung der einjährigen Aufenthaltserlaubnis oder man teilte den Missionaren mit, sie seien unerwünscht und „dürften“ das Land verlassen.

Im Herbst 1986 wurden die *Missionsschulen „Yaga Mukama“* in KiRundi, der Nationalsprache Burundis, geschlossen, in denen etwa 350 000 Schüler an drei Tagen alle zwei Wochen Lesen, Schreiben und Rechnen lernten. Diese Maßnahme traf vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten – also die Bauern auf dem Land –, die die hohen Schulgelder für die staatlichen Schulen nicht aufbringen konnten und auf die Missionsschule angewiesen waren. Die *Alphabetisierungskampagne*, die von der katholischen Kirche getragen wurde, kam zum Erliegen. Außerdem wurden die kirchlichen Organisationen, die Katechistenschulen und pastoralen Schulungszentren verboten. Die kleinen und mittleren Seminare wurden verstaatlicht bzw. enteignet.

Anfang 1987 verbot der Präsident auch den *Religionsunterricht* an allen Schulen des Landes. Die Katechisten wurden nach Hause geschickt. Alle im Erziehungswesen arbeitenden Priester und einheimischen Ordensleute wurden entlassen. Dadurch verloren die einheimischen Ordensgemeinschaften ihre Lebensgrundlage. Nur wenige Monate später ging Bagaza noch einen Schritt weiter: im April wurden die Pfarrgemeinderäte abgeschafft, und den Katechisten wurde ihre pastorale Tätigkeit untersagt mit der Begründung, Katechisten und Pfarrgemeinderäte ständen unter dem schädlichen Einfluß verantwortlicher Kirchenführer, die selbst irregeleitet seien.

Die Verfolgung der Kirche in Burundi wurde im Ausland vor allem in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt. So konnte z. B. die Ausweisung zweier deutscher Missionare aufgrund der Intervention des Bundeslandes Baden-Württemberg, das in Burundi developmentspolitisch aktiv ist, wieder rückgängig gemacht werden. Während des frankophonen Gipfels in Québec im vergangenen Jahr hat Jacques Chirac bei einem Gespräch mit Präsident Bagaza diesem gesagt: „Mir fällt es schwer, die Haltung ih-

rer Regierung gegenüber der katholischen Kirche zu verstehen. Es hat den Anschein im Ausland, als würden sie die Kirche verfolgen.“ (Le Monde, 5.9.1987) Die Anwesenheit Bagazas in Quebec wurde von Major Buyoya zum Sturz der Regierung genutzt; der sofortige Versuch Bagazas, nach Burundi zurückzukehren, scheiterte.

Die antikirchlichen Maßnahmen sind aufgehoben

Eine der ersten und wichtigsten Maßnahmen der neuen Machthaber war die *Freilassung aller politischen Gefangenen* – darunter auch dreier Priester und mehrerer Katechisten – und die Öffnung aller Kirchen. Die Regierung Bagazas wurde „nach Hause geschickt“ und erst Wochen später wurden drei Minister unter Anklage und Hausarrest gestellt.

In einem Erlaß des Erziehungsministers (29.10.1987) wird der Religionsunterricht an allen Schulen für alle Konfessionen wieder erlaubt, Gottesdienste dürfen am Wochenende in den Sekundarschulen und der Universität gefeiert werden. Ordensleute können sich für eine Anstellung bei den öffentlichen Einrichtungen bewerben. Der Erlaß des Innenministers (28.10.1987) macht weitere Anordnungen der Regierung Bagazas rückgängig: Die Feier von Gottesdiensten ist in der Woche erlaubt. Katholische Organisationen können wieder zugelassen werden, Katechisten und Pfarrgemeinderäte können ihre Arbeit aufnehmen. Die Anwesenheit ausländischer Ordensleute ist in Rücksprache mit Bischöfen und staatlichen Stellen möglich. Religiöse Veranstaltungen und Versammlungen dürfen in Kirchenräumen stattfinden, und die religiöse Betreuung in Krankenhäusern und Gefängnissen ist erlaubt. Die Missionsschulen „Yaga Mukama“ sind wieder geöffnet. Die Frage nach der Rückgabe von Besitztümern der Kirche soll von Fall zu Fall geprüft bzw. geregelt werden.

Für die Missionsorden – und natürlich auch für die Ortskirche in Burundi – stellt sich nun die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen *Missionare* in Burundi wieder arbeiten können. Zehn Jahre hat die Kirche schwere Prüfungen durchgestanden. Der Glaube der einzelnen Christen ist gewachsen. Aufgrund der Ausweisungen von Missionaren hat die Kirche in einem Maße auf die Mitarbeit der Katechisten, der Pfarrgemeinderäte und der einheimischen Ordensleute gebaut, wie dies in „normalen Zeiten“ nicht der Fall gewesen war. Den Christen ist so stärker bewußt geworden, daß sie alle „Kirche“ sind und daß sie in vielen Bereichen ihre Belange selber vertreten und verwirklichen können. Wenn die Kirche in Burundi auf die Mitarbeit ausländischer Ordensleute weitgehend verzichtet, so ergeben sich daraus sicherlich vielfältige Probleme, aber auch Chancen, den eigenen Weg der eingeschlagenen Pastoral konsequent weiterzugehen. Das Beispiel der Mokambi, der Gemeindefeier in der Erzdiözese Kinshasa (Zaire), zeigt, daß einem Laien die Verantwortung für eine Gemeinde über-

tragen werden kann. Warum sollen nicht auch in Burundi verstärkt Katechisten und einheimische Ordensleute Gemeinden leiten, wie dies vereinzelt schon der Fall war. Vielleicht kann die Kirche in Burundi in der augenblicklichen Situation auch die Frage diskutieren, ob Verantwortliche der Hügelmenschen zu Priestern geweiht werden können („viri probati“).

In einem Interview mit „La Croix“ (18. 11. 1987) äußerte

sich unterdessen der Präsident der Bischofskonferenz von Burundi Msgr. *Evariste Ngoyagoya*, über die Zukunft seines Landes optimistisch: „Die Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten sind ermutigend ... Die Kirche wünscht sich ein abgesprochenes Vorgehen bei allen Problemen, die sich stellen werden ... Es geht um eine neue Herausforderung an beide Seiten“, also an Regierung und Kirche.

Peter Cronenberg

Kurzinformationen

Johannes Paul II. sieht Fortschritte in der niederländischen Kirche.

Bei seiner Ansprache an die niederländischen Bischöfe anlässlich ihres Ad-limina-Besuchs (vgl. *Osservatore Romano*, 11./12.1.88) stellte der Papst fest, es sei für ihn Freude und Trost, daß in den letzten Jahren ein „nicht unbeträchtlicher Fortschritt“ auf dem Weg zu einer vollkommeneren „*Communio*“ sowohl innerhalb der niederländischen Kirche wie in ihren Beziehungen zur Weltkirche erreicht worden sei. Als positives Zeichen wies der Papst auf die *Errichtung neuer Seminare und Konvikte* für die Priesterausbildung hin und erwähnte lobend die niederländische Ausgabe des neuen Kodex, der zweifellos zur „Förderung einer gemeinsamen kirchlichen Disziplin“ beitragen werde, die mit der Disziplin der Weltkirche besser übereinstimme. Auf zahlreichen Gebieten, so Johannes Paul II., seien aber noch *erhebliche Anstrengungen* vonnöten. Höchste Priorität müsse die *Familienpastoral* besitzen; die authentische Identität der *katholischen Schulen* müsse verstärkt werden. Es brauche dort eine Katechese, die den jungen Menschen eine wirkliche Kenntnis des katholischen Glaubens vermittele; ein allgemeiner Unterricht über Religionen oder gar bloße Gesellschaftslehre genügen nicht. Bei den *hauptamtlichen pastoralen Laienmitarbeitern* müsse alles vermieden werden, was zur Entstehung einer Art „Parallelklerus“ führen könnte. Der Papst rief die niederländischen Bischöfe dazu auf, ihre „vorsichtigen Bemühungen“ um einen fruchtbaren Dialog mit kritischen Gruppen fortzusetzen, die sich von der vollen „*Communio*“ zu entfernen drohen. Er wies auf die „ernste Krise“ des *Ordenslebens* in den Niederlanden hin: Es gebe gegenwärtig Ordensniederlassungen, die eine Art alternativer Kirche bildeten, Zufluchtsorte für Menschen, die schwer mit der legitimen Autorität der Bischöfe zurechtkämen.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken veröffentlichte eine Erklärung zum Thema „Zukunft des christlichen Sonntags in der modernen Gesellschaft“.

Erarbeitet wurde die Erklärung von der Kommission 8 des ZdK („Pastorale Grundfragen“); sie hat – wie ihr Untertitel andeutet – den Charakter von „grundsätzli-

chen Überlegungen“. Sie eignet sich daher weniger als Stellungnahme in der politischen Auseinandersetzung um eine hinreichende Berücksichtigung des Sonntags etwa bei der Auseinandersetzung um gesetzliche bzw. tarifliche Arbeitszeitregelungen, sondern eher zur Meinungsbildung im Rahmen von Bildungsveranstaltungen, in der Arbeit von Pfarreien, Gruppen und Verbänden, aber auch für die persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema in der Familie. Im Kern geht es den Autoren der Schrift – wie es ihr Titel schon sagt – um das unverwechselbar Besondere, das eigentliche des *christlichen* Sonntags. Auf dem Hintergrund der jüdisch-christlichen Sabbat- bzw. Sonntagstradition wird der Sinn des Sonntags in seiner Bedeutung als „Tag des Menschen“, „Tag der Gemeinschaft“ und „Tag des Herrn“ vorgestellt. Die Erklärung bemüht sich, die „Krise des Sonntags“ in den größeren Kontext der – wie man es nennt – „Krise des Lebens“, also: den sich verändernden Lebensbedingungen zu stellen. Dadurch wird auch plausibler, warum man zu einer Aussage wie der kommt, daß es sich beim Sonntag um eines der „höchsten Kulturgüter“ handele. Auch vermeidet man alles, was als Versuch ausgelegt werden könnte, einen alten und obendrein nostalgisch verklärten Sonntag wiederherstellen zu wollen: Die Notwendigkeit des Sonntags – heute „eher noch dringlicher als in früheren Zeiten“ – wird aus den Lebensbedingungen von heute abgeleitet. Es brauche – ebenso wie es eine ökologische oder eine Friedensbewegung gebe – eine Sonntagsbewegung.

Eine Erklärung der US-Bischofskonferenz zum Thema AIDS hat eine erhebliche Kontroverse unter den Bischöfen ausgelöst.

Wenige Wochen nach der Vollversammlung der Bischofskonferenz im November 1987 war die Erklärung vom Ständigen Rat veröffentlicht worden, ohne auf der Vollversammlung Beratungsgegenstand gewesen zu sein. Zu seinem allergrößten Teil ist der Inhalt dieser Erklärung nicht umstritten. Sie wiederholt im wesentlichen die bekannte kirchliche Haltung in dieser Frage. Methoden unter dem Stichwort „safe sex“ werden abgelehnt, da sie die Promiskuität nur förderten und im übrigen bestenfalls nur ein eingeschränkt wirkungsvolles Mittel zum